



Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln
(Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung – AVwGebS)
vom 27. Dezember 1971

in der Fassung der 18. Satzung zur Änderung der
Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln
vom 17. Dezember 2025

ABl. StK 1972, S. 3 ff; 1982, S. 228, S. 378, 1985, S. 149, 1988, S. 463, 1993, S. 479,
2001, S. 279, 2005, S. 738, 2011, S. 121, 2017, S. 299, 2020, S. 647, 2023, S. 1,
2024, S. 243, 2025, S. 30, S. 480 -

Öffentliche Bekanntmachung vom 23.12.2022, vom 13.05.2024, vom 31.12.2024,
vom 18.12.2025 -

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung vom 16.12.2025 aufgrund der §§ 1, 2, 4 und 5
des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969
(GV NW 1969, S. 712) und der §§ 7, 77 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land
Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW
1994, S. 666) – jeweils in der bei Erlass der Satzung geltenden Fassung – diese Satzung
beschlossen:

§ 1

Gegenstand und Höhe der Verwaltungsgebühren

- (1) Verwaltungsgebühren werden für die in dem anliegenden Gebührentarif aufgeführten besonderen Leistungen in der dort vorgesehenen Höhe nach Maßgabe dieser Satzung und des Kommunalabgabengesetzes erhoben. Der Gebührentarif ist Bestandteil der Satzung.
- (2) Erfüllt eine besondere Leistung sowohl einen Gebührentatbestand des Allgemeinen Teils als auch des Besonderen Teils des Gebührentarifs, findet nur der Besondere Teil Anwendung.
- (3) Für mehrere besondere Leistungen werden die Gebühren auch dann nach den verschiedenen Tarifnummern des Gebührentarifs erhoben, wenn die Leistungen in zeitlichem oder sachlichem Zusammenhang stehen.
- (4) Die Erhebung von Verwaltungsgebühren aufgrund bundes- oder landesrechtlicher Vorschriften oder sonstiger Gebührensatzungen der Stadt Köln bleibt unberührt.

§ 2

Ablehnung, Rücknahme und Widerspruchsbescheid

- (1) Wird ein Antrag auf eine gebührenpflichtige Leistung abgelehnt oder vor ihrer Beendigung vom Antragsteller zurückgenommen, werden 10 bis 75 v. H. der Gebühr erhoben, die bei ihrer Vornahme zu erheben wäre. Wird der Antrag lediglich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr berechnet.



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

- (2) Für einen Widerspruchsbescheid wird nur dann eine Gebühr erhoben, wenn der Verwaltungsakt, gegen den Widerspruch eingelegt wurde, gebührenpflichtig ist und wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen wird. Die Gebühr beträgt bei voller Zurückweisung 50 v. H. der für den angefochtenen Verwaltungsakt festzusetzenden Gebühr. Bei nur teilweiser Zurückweisung ermäßigt sie sich entsprechend.

§ 3 Umsatzsteuer

- (1) Bei den im Gebührentarif aufgeführten Beträgen handelt es sich um Nettobeträge (ohne Umsatzsteuer). Soweit besondere Leistungen von der Stadt Köln als Unternehmerin erbracht werden, erhöhen sich die Gebühren um den Betrag, der nach dem Umsatzsteuergesetz in der jeweils geltenden Fassung als Umsatzsteuer zu entrichten ist. Die Erhöhung ist Teil der Gebühr.
- (2) Dies gilt entsprechend § 2b Abs. 4 Nr. 3 Umsatzsteuergesetz auch für Leistungen des Amtes für Liegenschaften, Vermessung und Kataster bei der Wahrnehmung von Aufgaben der Landesvermessung und des Liegenschaftskatasters mit Ausnahme der Amtshilfe.

§ 4 Gebührenpflichtiger

- (1) Zur Zahlung der Gebühr ist verpflichtet, wer die besondere Leistung selbst oder durch Dritte, deren Handeln ihm zuzurechnen ist, beantragt hat oder wer durch sie unmittelbar begünstigt wird.
- (2) Haben mehrere Beteiligte eine besondere Leistung beantragt, oder werden mehrere durch sie unmittelbar begünstigt, ist jeder gebührenpflichtig, soweit die Leistung ihn betrifft.

§ 5 Sachliche Gebührenbefreiung

Gebührenfrei sind

1. Mündliche Auskünfte,
2. Amtshandlungen auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge, der Jugend- und Familienhilfe und des Gesundheitswesens, soweit diese Aufgaben als Selbstverwaltungsangelegenheit wahrgenommen werden, sowie
3. Amtshandlungen, welche die Stadt Köln gegenüber ihren Beamten, Angestellten, Arbeitern oder Versorgungsempfängern in Angelegenheiten vornimmt, die sich auf das bestehende oder frühere Dienst-, Arbeits- oder Versorgungsverhältnis beziehen.



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

4. Erteilung von Zweitausfertigungen von Schulzeugnissen einschließlich der Zeugnisse der Rheinischen Musikhochschule, Abschriften dieser Zeugnisse und Beglaubigung der Zeugnisabschriften sowie Schülerbescheinigungen einschließlich Schüler-Erkennungskarten der Rheinischen Musikschule.

§ 6

Persönliche Gebührenbefreiung

Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind befreit:

1. das Land Nordrhein-Westfalen, die Gemeinden und Gemeindeverbände, sofern die Leistung der Verwaltung nicht ihre wirtschaftlichen Unternehmen betrifft, oder es sich nicht um eine beantragte sonstige Tätigkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz auf dem Gebiet der Bauleitplanung, des Kultur-, Tief- und Straßenbaus handelt;
2. die Bundesrepublik und die anderen Länder, soweit Gegenseitigkeit gewährleistet ist;
3. die Kirchen und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts, soweit die Leistung der Verwaltung unmittelbar der Durchführung kirchlicher Zwecke im Sinne des § 54 der Abgabenordnung dient.

§ 7

Fälligkeit und Entrichtung der Gebühr

- (1) Die Gebühr wird mit Beendigung der besonderen Leistung fällig.
- (2) Sie kann in geeigneten Fällen durch Postnachnahme eingezogen werden.
- (3) Die Leistung kann von der vorherigen Zahlung der Gebühr bzw. der Gebühren abhängig gemacht werden.

§ 8

Besondere bare Auslagen

- (1) Besondere bare Auslagen, die im Zusammenhang mit der besonderen Leistung entstehen, sind zu ersetzen. Das gilt auch, wenn der Zahlungspflichtige von der Entrichtung der Gebühr befreit ist, im Falle des § 6 jedoch nur, wenn die Auslagen im Einzelfall 25,00 € übersteigen. In Fällen der Amtshilfe bleibt § 8 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen unberührt.
- (2) Besondere bare Auslagen sind solche Barauslagen, die über den für den betreffenden Verwaltungszweig üblichen durchschnittlichen Rahmen ersichtlich hinausgehen.
- (3) Sie können auch demjenigen auferlegt werden, der sie durch unbegründete Einwendungen verursacht hat.



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

- (4) Bei größeren Auslagen können Vorschüsse erhoben werden. Die Leistung kann von der vorherigen Entrichtung abhängig gemacht werden.
- (5) Für den Ersatz der Auslagen gelten die Vorschriften dieser Satzung entsprechend.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.



**Gebührentarif der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln
vom 27. Dezember 1971 in der Fassung der 18. Änderungssatzung
vom 17. Dezember 2025**

Nr.	Gegenstand	Gebühr
	I. Allgemeiner Teil	
1.	Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen und ähnliche Amtshandlungen (soweit nicht im besonderen Teil abweichend geregelt)	0 – 500,00 € (ggfls. zzgl. Umsatzsteuer)
2.	Kopien (soweit nicht im besonderen Teil abweichend geregelt) je Blatt	1,00 € (ggfls. zzgl. Umsatzsteuer)
3.	Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen und Beglaubigungen von Abschriften, Kopien und Auszügen je Seite	2,00 € (ggfls. zzgl. Umsatzsteuer)
	II. Besonderer Teil	
	Amt für Stadtentwicklung und Statistik	
15.1	Erteilung einer schriftlichen Genehmigung für die rechtsgeschäftliche Veräußerung eines Grundstückes und Bestellung und Veräußerung eines Erbbaurechts in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten nach § 144 Abs. 2 Baugesetzbuch	589,00 €
15.1.1	Erteilung einer schriftlichen Genehmigungsversagung für die rechtsgeschäftliche Veräußerung eines Grundstückes und Bestellung und Veräußerung eines Erbbaurechts in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten nach § 144 Abs. 2 Baugesetzbuch (75 % der Genehmigungsgebühr)	441,75 €



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Nr.	Gegenstand	Gebühr
15.2	Erteilung einer schriftlichen Genehmigung für Rechtsvorgänge in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten nach § 144 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Teilung eines Grundstückes bzw. die rechtsgeschäftliche Bestellung eines das Grundstück belastenden Rechts mit Ausnahme der Bestellung von Rechten im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen und den damit verbundenen schuldrechtlichen Verträgen	87,00 €
15.2.1	Erteilung einer schriftlichen Genehmigungsversagung für Rechtsvorgänge in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten nach § 144 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Teilung eines Grundstückes bzw. die rechtsgeschäftliche Bestellung eines das Grundstück belastenden Rechts mit Ausnahme der Bestellung von Rechten im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen und den damit verbundenen schuldrechtlichen Verträgen (75 % der Genehmigungsgebühr)	65,25 €
15.3	Bescheinigung für Aufwendungen im Sinne der §§ 7h, 10f und 11a Einkommenssteuergesetz in städtebaulichen Sanierungsgebieten	0,4 % der Höhe der anerkannten Aufwendungen
	Amt für Integration und Vielfalt	
16.1	Kenntnisprüfung in einem aufenthaltsrechtlichen Verfahren	27,00 € (ggfls. zzgl. Umsatzsteuer)



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Nr.	Gegenstand	Gebühr
	Kämmerei	
20.1	Erstattungen von Zahlungen ohne Rechtsgrund (ab der 2. Erstattung)	12,00 €
20.2	Kontenübersichten je Kalenderjahr	
20.2.1	bei bis zu vier debitorischen Rechnungen im Kalenderjahr	14,00 €
20.2.2	bei fünf bis zwölf debitorischen Rechnungen im Kalenderjahr	24,00 €
20.2.3	bei 13 bis 24 debitorischen Rechnungen im Kalenderjahr	39,00 €
20.2.4	ab 25 debitorischen Rechnungen im Kalenderjahr	52,00 €
20.3	Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen	20,00 €
20.4	Nachforschung über den Verbleib einer Überweisung der Stadtkasse an einen Gläubiger. Die Gebühr wird nur erhoben, wenn die Nachforschungen ergeben, dass der Geldbetrag dem Gläubigerkonto ordnungsgemäß gutgeschrieben wurde.	39,00 €
	Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster	
23.1	Abgabe einer Ortssatzung (digital oder analog)	28,00 €
23.2	Eintragung aus Bauleitplänen	
23.2.1	bis DIN A3	46,00 €
23.2.2	größer als DIN A3	93,00 €
23.3	Ortsbau- und Bodenrecht	
23.3.1	Auskünfte aus dem Ortsbau- und Bodenrecht (bis 3 Inhalte)	34,00 €
23.3.2	Auskünfte aus dem Ortsbau- und Bodenrecht (ab 4 Inhalte)	56,00 €



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Nr.	Gegenstand	Gebühr
23.4	Umfassende Grundstücksinformation aus dem örtlichen Bau- und Planungsrecht ohne Eintragungen aus Bauleitplänen und ohne Baulastattest	81,00 €
23.5	Abgabe von Lageplandaten	
23.5.1	Grundgebühr	114,00 €
23.5.2	bei digitaler Ausgabe je Element	
23.5.2.1	aus der Schlussmessung oder aus Planungsunterlagen bis zu 2 Jahre alt	0,51 €
23.5.2.2	aus Planungsunterlagen bis zu 4 Jahre alt	0,36 €
23.5.2.3	aus Planungsunterlagen älter als 4 Jahre	0,25 €
23.6	Vorkaufsrecht	
23.6.1	Gebühr für die Ausstellung eines Negativattests bei Nichtvorliegen des gesetzlichen Vorkaufsrechtes gem. § 24 BauGB	196,00 €
23.6.2	Gebühr bei Vorliegen eines gesetzlichen Vorkaufsrechtes gem. § 24 BauGB mit Abschluss einer Abwendungsvereinbarung ohne besonderen Aufwand	938,00 €
23.6.3	Zuschlag zur Gebühr gem. 23.6.2 bei besonderem Aufwand (z. B. umfangreicher Korrespondenz mit Rechtsbeiständen, etc.)	479,00 €
	Amt für öffentliche Ordnung	
32.1	Ausstellen von Bescheinigungen über nicht abgegebene Fundsachen	15,00 €
32.2	Vergabe von Grünflächen der Stadt Köln für Schützen-, Volks-, und sonstige Feste/Veranstaltungen	
32.2.1	Vergabe von Grünflächen und sonstigen Flächen im Standardverfahren mit niedrigem Verwaltungsaufwand	58,00 €



Nr.	Gegenstand	Gebühr
32.2.2	Vergabe von Grünflächen und sonstigen Flächen mit einfachem Verwaltungsaufwand	107,00 €
32.2.3	Vergabe von Grünflächen und sonstigen Flächen mit erhöhtem Verwaltungsaufwand	192,00 €
32.2.4	Vergabe von Grünflächen und sonstigen Flächen mit hohem Verwaltungsaufwand	427,00 €
32.2.5	Ortstermin (zusätzlich zu 32.2.1-4)	69,00 €
32.3	Versand von Akten an Rechtsbeistände oder andere Verfahrensbevollmächtigte	
32.3.1	bis zu 15 Minuten Zeitaufwand	14,00 €
32.3.2	bis zu 30 Minuten Zeitaufwand	29,00 €
32.3.3	bis zu 45 Minuten Zeitaufwand	43,00 €
32.3.4	bis zu 60 Minuten Zeitaufwand	58,00 €
32.3.5	bis zu 90 Minuten Zeitaufwand	86,00 €
32.3.6	bis zu 120 Minuten Zeitaufwand	115,00 €
	Ausländeramt	
33.1	Versand von Akten zur Aktenansicht mit einem Zeitanteil von	
33.1.1	bis zu 30 Minuten	33,00 €
33.1.2	bis zu 45 Minuten	50,00 €
33.1.3	bis zu 60 Minuten	66,00 €
33.1.4	mehr als 60 Minuten	99,00 €



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Nr.	Gegenstand	Gebühr
	Amt für Wohnungswesen	
56.1	Bewilligung von Fördermitteln zum Neu-, Um- und Ausbau von Miet- und Genossenschaftswohnungen, Förderung von Heimplätzen sowie Nachrüstung bestehender Wohnheime	0,4 % der bewilligten Darlehenssumme
56.2	Bewilligung von Mitteln im Zusammenhang mit der Förderung von Modernisierungsmaßnahmen im Bestand	0,4 % der bewilligten Darlehenssumme
56.3	Kopie einer Wirtschaftlichkeitsberechnung	16,00 €
56.4	Einsichtnahme in die Darlehensakte (bei Bußgeldverfahren ist die Einsichtnahme kostenlos)	28,00 €
56.5	Genehmigung zur Übertragung von Grundstücken mit Förderzusage vor Bezugsfertigkeit	209,00 €
56.6	Beantwortung von Anfragen von Sachverständigen bei Zwangsversteigerungen für freifinanzierte Objekte	14,00 €
56.7	Beantwortung von Anfragen von Sachverständigen bei Zwangsversteigerungen für öffentlich geförderte Objekte	23,00 €
56.8	Bewilligung von Mitteln im Zusammenhang mit Bindungsverlängerungen	418,00 €
56.9	Bewilligung von Mitteln im Zusammenhang mit Bindungserwerben	766,00 €
	Stadtplanungsamt	
61.1	Flächennutzungsplan	18,00 €
61.2	Druck des Flächennutzungsplanes im Urkundenmaßstab	18,00 €
61.2.1	Auszug aus dem Flächennutzungsplan (2 Seiten DIN A4)	27,00 €



Nr.	Gegenstand	Gebühr
61.2.2	jedes weitere Blatt	12,00 €
61.3	Publikationen	2,50 € - 26,00 € (ggfls. zzgl. Umsatzsteuer)
61.4	Schriftliche, planungsrechtliche Auskunft je Grundstück	
61.4.1	Bebauungsplan mit öffentlich-rechtlichem Vertrag (analog)	114,00 €
61.4.2	Bebauungsplan mit öffentlich-rechtlichem Vertrag (digital)	74,00 €
61.4.3	Bebauungsplan ohne öffentlich-rechtlichen Vertrag (analog)	54,00 €
61.4.4	kein Bebauungsplan	40,00 €
	Bauverwaltungsamt	
62.1	Erschließungsbeitragsbescheinigung ohne Kostenangabe	
62.1.1	für die erste geprüfte Erschließungsanlage	70,00 €
62.1.2	je weiterer geprüfter Erschließungsanlage	47,00 €
62.2	Erschließungsbeitragsbescheinigung mit Angabe der voraussichtlich entstehenden Kosten	
62.2.1	für die erste geprüfte Erschließungsanlage	223,00 €
62.2.2	je weiterer geprüfter Erschließungsanlage	191,00 €
62.3	Löschungsbewilligung für Sicherungshypotheken zur Sicherung künftiger Straßenbaukostenforderungen	32,00 €



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Nr.	Gegenstand	Gebühr
62.4	Erteilung von Zustimmungsbescheiden nach § 127 Telekommunikationsgesetz je Maßnahme (Straße, Straßenabschnitt, Kabelverzweigerkasten o. Ä.)	620,00 €
62.5	Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach §§ 18, 18a Straßen- und Wegegesetz NRW bzw. § 8 Bundesfernstraßengesetz	
62.5.1	ohne erhöhten Verwaltungsaufwand bei z. B. wiederkehrenden Anlagentypen, einfachen Straßenaufbrüchen, ohne Ortsterminerfordernis	310,00 €
62.5.2	mit erhöhtem Verwaltungsaufwand bei z. B. umfangreichen Straßenaufbrüchen, mit Ortsterminerfordernis	395,00 €
62.6	Festsetzung von Hausnummern je Gebäude oder wirtschaftlicher Einheit (Neufestsetzungen, Wiederfestsetzungen, Umnummerierungen, Festsetzung einer zusätzlichen Hausnummer) nicht bei der Festsetzung von Amts wegen	121,00 €
	Bauaufsichtsamt	
63.1	Bereitstellung von aktuellen Bauakten zur Akteneinsicht oder digitalen Übermittlung	
63.1.1	1 Aktenordner/digitaler Vorgang	46,00 €
63.1.2	2 Aktenordner/digitale Vorgänge oder mehr	64,00 €



Nr.	Gegenstand	Gebühr
	Amt für Verkehrsmanagement	
64.1	Erteilung einer schriftlichen Genehmigung von Ladesäuleninfrastruktur im öffentlichen Straßenraum in Köln entsprechend der städtischen Richtlinie für die Gestattung von Ladesäuleninfrastruktur im öffentlichen Straßenraum in Köln je Ladesäule	2.470,00 € (ggfls. zzgl. Umsatzsteuer)
	Amt für Straßen und Radwegebau	
66.1	Baubegleitung bei der Durchführung von Bordsteinabsenkungen	387,00 €
	Zentrales Aktendepot	
1000.1	Bereitstellungsgebühren für die Vorlage von abgeschlossenen Bauakten zur Einsichtnahme im Zentralen Aktendepot (Untergliederung nach Anzahl der Aktenordner)	
1000.1.1	bei einem Aktenordner	33,00 €
1000.1.2	bei 2-5 Aktenordnern	41,00 €
1000.1.3	bei 6-10 Aktenordnern	49,00 €
1000.1.4	bei 11-30 Aktenordnern	75,00 €
1000.1.5	bei 31 oder mehr Aktenordnern	100,00 €
1000.2	Fertigung von Kopien aus abgeschlossenen Bauakten zur sofortigen Mitnahme bzw. zur späteren Abholung	
1000.2.1	DIN A2	6,00 €
1000.2.2	DIN A1	6,00 €
1000.2.3	DIN A0	8,00 €



Nr.	Gegenstand	Gebühr
1000.3	Beglaubigung aus einer abgeschlossenen Bauakte (pro Seite)	1,00 €